

Ansicht

2:23

Problem Kinderarmut. Jedes fünfte Kind ist von Armut gefährdet. Kinderarmut ist immer auch Elternarmut. Was getan werden muss, damit Eltern und Kinder Wege aus der Armut finden.



Liebe Leserin, lieber Leser,

jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut; bei Jugendlichen sieht es nicht anders aus. In allen Sonntagsreden politisch Verantwortlicher werden die Folgen von Kinderarmut richtig benannt, aber es fehlt der politische Wille, entsprechende Vorhaben umzusetzen, die ein Aufwachsen in Armut ernsthaft verhindern. Es gelingt nicht, im bestehenden sozial- und familienpolitischen Leistungssystem das hohe Niveau der Kinderarmut abzubauen. Wir sehen zum Beispiel einen sozial ungerechten Familienlastenausgleich, der die Kinder wohlhabender und reicher Eltern über das Steuerrecht am stärksten entlastet. Leistungen hingegen, die armen Familien zur Verfügung stehen, sind wiederum nicht armutsfest. Als bedürftigkeitsgeprüfte Antragsleistungen sind sie oft zu bürokratisch ausgestaltet und weisen daher eine hohe Nichtinanspruchnahme auf.

Der wirksame Abbau von Kinderarmut muss politische Priorität bekommen. Prävention ist dabei ein wichtiges Gebot. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel insofern, als Armut im Ansatz strukturell verhindert wird, statt an individuellen Armutssymptomen herumzudoktern. Ein zentraler Baustein einer Gesamtstrategie gegen Kinderarmut ist die Kindergrundsicherung. Sie muss endlich – wie im Koalitionsvertrag der Ampelkoalition festgeschrieben – in ein Gesetz gegossen werden. Darauf abgestimmt, müssen wir die soziale Infrastruktur und Angebote für Kinder und Familien ausbauen und mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen; muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für Alleinerziehende, die häufig von Armut betroffen sind, ermöglicht werden.

Deutschland ist ein reiches Land. Die Mittel sind vorhanden, das Problembewusstsein ist groß und die Konzepte liegen auf dem Tisch. Legen wir endlich los und beseitigen Kinderarmut.

Michael Groß
Vorsitzender des Präsidiums

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62 / 63 · 10961 Berlin
Tel 030 / 26309-0 · Fax 030 / 26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030 / 26309-253
Fax 030 / 26309-32253
awo-ansicht@awo.org

Redaktion

Berit Gründler
Peter Kuleßa v.i.s.d.P.

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer,
www.stephanie-roderer.de

Fotografie

S. 3, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 18, 19
AWO Bundesverband · S. 5 AWO
International · S. 16 AWO Bezirksverband
Niederrhein · S. 21 Uwe Steckhan
S. 22 Jan Lops

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

deVega Medien GmbH, Augsburg.

Papier

Gedruckt auf Circle Offset premium white,
FSC®-, EU Ecolabel- und Blauer Engel-
zertifiziert.





»Es ist an der Zeit, sich mit Marie Juchacz zwischen Verfolgung und Widerstand gegen den Nationalsozialismus an Orten ihres Exils zu befassen«, so Lydia Struck (M.) zu Beginn ihrer Forschungsreise in Berlin im Beisein der beiden Vorständinnen des AWO Bundesverbandes Claudia Mandrysch (r.) und Selvi Naidu.

VERBAND

Wechsel bei awo lifebalance

Ein Arbeitstreffen markierte Abschied und Neubeginn in einem: Claudia Mandrysch (M.) besuchte im Frühjahr 2023 awo lifebalance in Bielefeld, um sich vor Ort über dessen Tätigkeit zu informieren. An dem Treffen nahmen auch Wolfgang Stadler (r.) und Karin Esch teil. Wolfgang Stadler war Mitbegründer und Geschäftsführer der awo lifebalance GmbH (die bis 2017 »ElternService AWO« hieß) und trat Ende April in den Ruhestand. Karin Esch ist seine Nachfolgerin und alleinige Geschäftsführerin. Gemeinsam betonten alle Beteiligten die trotz allen Wandels stetigen und verlässlichen Werte der AWO: In herausfordernden Zeiten ist eine starke Stimme für soziale Anliegen wichtiger denn je. Menschen in allen Lebenslagen brauchen Impulse für eine vielfältige, solidarische, demokratische Gesellschaft und tatkräftige Unterstützung für die sichere Teilhabe am Arbeitsmarkt.

➔ www.awo-lifebalance.de/



VERBAND

Auf den Spuren von Marie Juchacz

Die AWO-Gründerin, Politikerin und Frauenrechtlerin Marie Juchacz musste 1933 vor den Nationalsozialisten ins Exil fliehen. In der bisherigen Biografieforschung über Marie Juchacz liegt der Fokus auf der Exilzeit in den USA. Die ersten Jahre ihres Exils in Südwestdeutschland und Frankreich werden weitestgehend ausgespart. Jetzt wird erstmals ihre Exilzeit in Südwestdeutschland und Frankreich erforscht. Lydia Struck, Hamburger Kulturanthropologin und Urgroßnichte von Juchacz, begibt sich auf die Spuren von Marie Juchacz entlang wichtiger Stationen ihres Exils, die mit dieser Forschungsreise in den Blick genommen werden.

➔ Regelmäßige Updates zum Projekt gibt es ab sofort auf <https://mariejuchacz.com/>



HISTORISCHES PORTRÄT

Letzte autonome Ausgabe der Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«

Am 15. Mai 1933 erschien mit dem Heft Nr. 10 die letzte autonome Ausgabe der Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«, die seit 1926 als zentrale Fachzeitschrift zwei Mal im Monat vom AWO-Hauptausschuss herausgegeben wurde. Wohlfahrtspolitische wie auch fürsorgerische Fachthemen standen genauso im Fokus wie die Auslegung und Kommentierung von (neuen) Gesetzesregelungen. Rezensionen, Berichte zu Fachtagungen und verbandliche Informationen rundeten das Portfolio ab. Heft 10 wurde finalisiert, während die Zerschlagung der AWO durch die Nationalsozialisten fortschritt. Versuche der Deutschen Arbeitsfront, die Zeitschrift als eigenes Propagandablatt zu etablieren, scheiterten bereits nach der Veröffentlichung einer Ausgabe unter dem Hakenkreuz, die am 15. Juli als Heft Nr. 14 erschien.

➔ Über die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung ist die Zeitschrift in einer Online-Edition verfügbar: <https://library.fes.de/awo/index.html>



VERBAND

Richtungsweisende Konferenzen in Leipzig

Auf der 12. Sozialkonferenz »AWO aktiv für Teilhabe von Einwander*innen« am 21. April 2023 in Leipzig setzte die AWO sich mit der Zukunft der Einwanderungsgesellschaft auseinander und richtete nach 60 Jahren Migrationsarbeit den Blick analytisch-kritisch nach innen. Nach intensiven Diskussionen gaben die Teilnehmenden ihre »Leipziger Erklärung« ab: ein Appell für eine gerechte, solidarische und vielfältige Gesellschaft. In dieser Erklärung positioniert die AWO sich zu verschiedenen Aspekten einer inklusiven Politik. Der gleichberechtigte Zugang zu Gesundheitsleistungen, die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen in der Politik, aber auch die breite Beteiligung in ehrenamtlichen Strukturen seien Grundsätze, die politisch verwirklicht werden müssten.

Am Folgetag verabschiedete die Bundes-Sonderkonferenz der AWO eine Resolution, in der spürbare Investitionen in die soziale Sicherung sowie die Bildung von Kindern und Jugendlichen gefordert werden. In ihrer gemeinsamen Resolution »Solidarität mit Kindern und Jugendlichen – massiv in soziale Sicherung, Bildung und Infrastruktur investieren – jetzt!« rufen der AWO Bundesverband, das Bundesjugendwerk der AWO und das Zukunftsforum Familie die Bundesregierung zu einer Trendwende bei der Finanzierung zentraler kinder- und familienpolitischer Vorhaben auf (mehr dazu auf S. 11 im Heft).

➔ info@awo.org

»Viele Krisen in der Welt spielen sich weitgehend unbeobachtet ab. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und über 30 Hilfsorganisationen beteiligt sich AWO International an der Gemeinschaftskampagne #IndenFokus, um »vergessene Krisen« wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken.«



HELFEN SIE!

Unterstützen Sie AWO International mit einer Spende

➔ Spendenkonto:
AWO International
IBAN: DE87 3702 0500 0003 2211 00
Stichwort: Vergessene Krisen

AWO INTERNATIONAL

Vergessene Krisen #IndenFokus rücken

Viele Krisen in der Welt spielen sich weitgehend unbeobachtet ab. In Bangladesch leben über eine Million geflüchtete Rohingya aus Myanmar seit Jahren in Camps und sind kontinuierlich auf humanitäre Hilfe angewiesen. Im Libanon sorgen politische Instabilität und eine Wirtschaftskrise für Armut und Perspektivlosigkeit, und im Südsudan müssen viele Menschen wegen der Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen. Über diese verheerenden Situationen wird in Deutschland kaum in den Medien berichtet. Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und über 30 Hilfsorganisationen beteiligt sich AWO International an der Gemeinschaftskampagne #IndenFokus, um »vergessene Krisen« wieder stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Gemeinsam mit Partnerorganisationen in Bangladesch und im Libanon unterstützt AWO International die Menschen vor Ort beispielsweise durch niedrigschwellige Gesundheitsangebote, den Aufbau von sanitären Einrichtungen und die Versorgung mit sauberem Trinkwasser.

Ohne die mediale Aufmerksamkeit für vergessene Krisen gibt es wenig Impulse für Menschen zu spenden. Dieses Vergessenwerden führt auch dazu, dass es wenig politischen Druck gibt, Krisen zu lösen. Gleichzeitig erhalten immer weniger Menschen humanitäre Hilfe. Daher hoffen wir auf Ihre Solidarität, um gemeinsam mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Menschen in Krisengebieten zu schaffen.

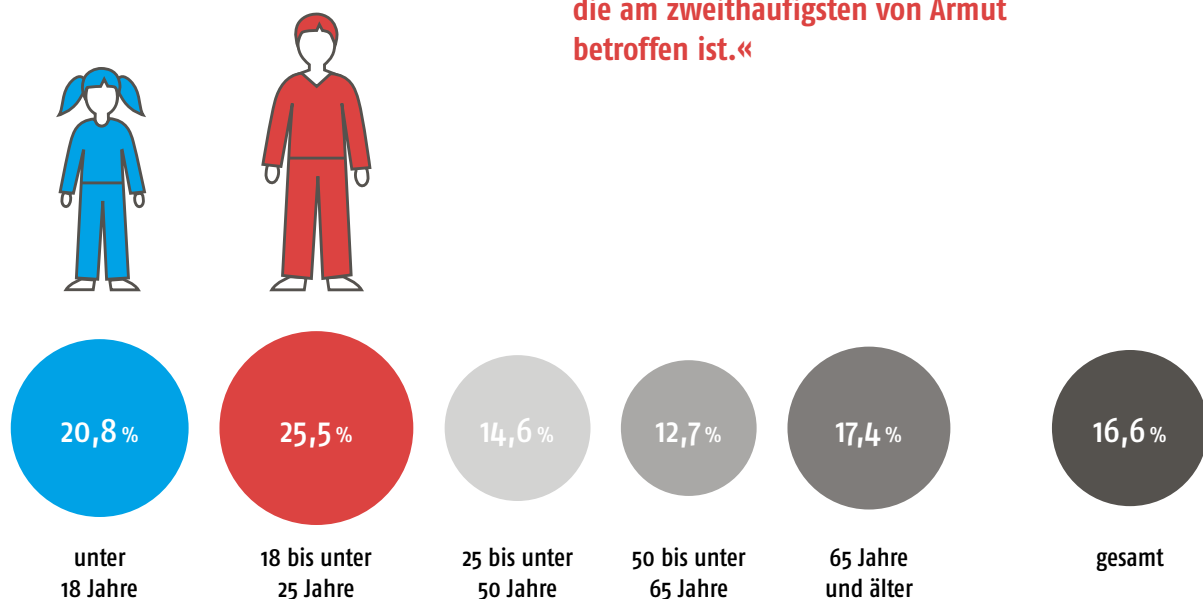
➔ Weitere Informationen www.awointernational.de
mail@awointernational.de

Armutsfalle Kind?

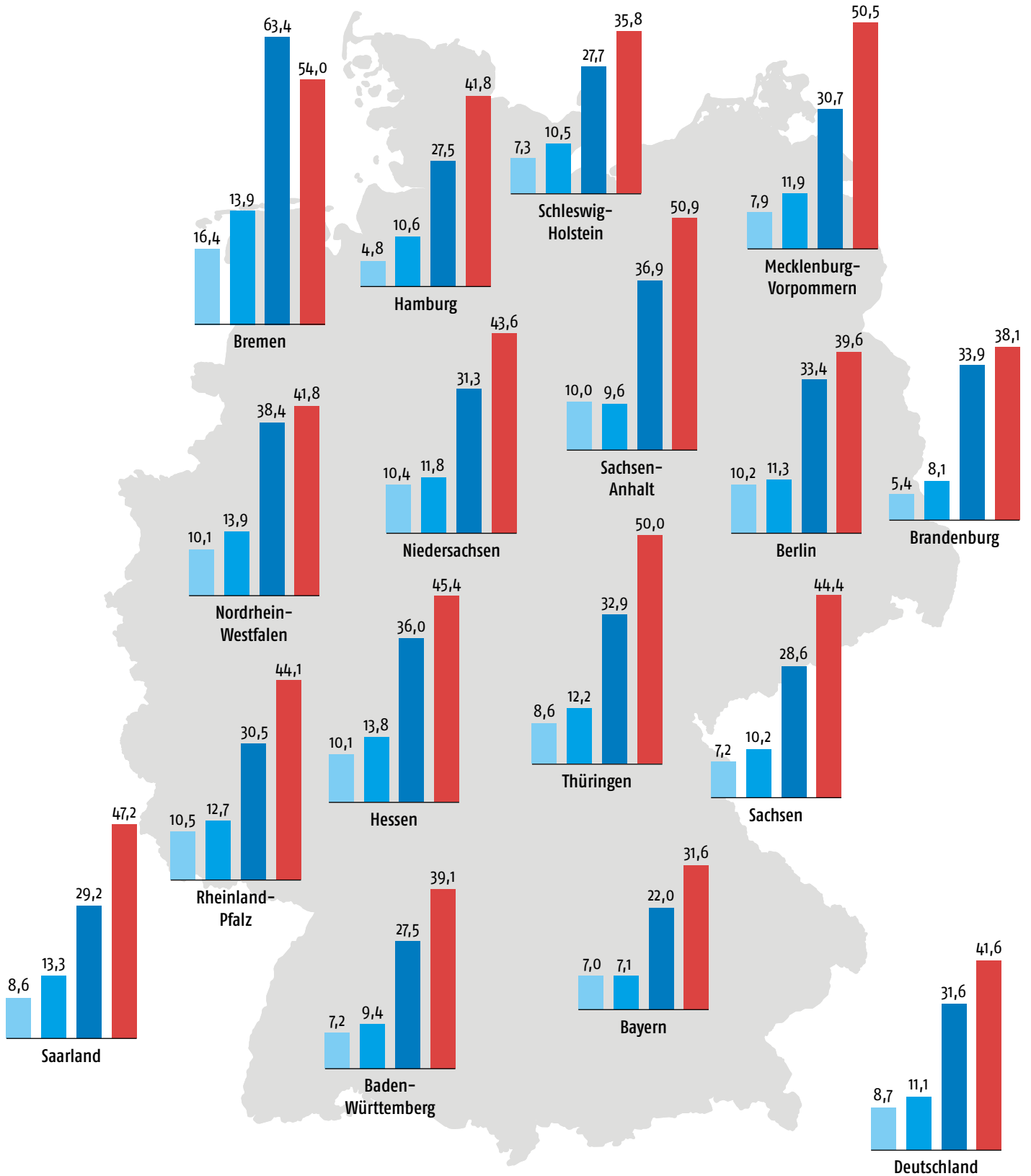
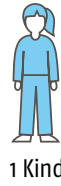
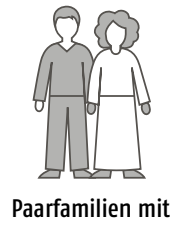
Jedes fünfte Kind wächst unter Bedingungen der Armutsgefährdung auf. Dies hat zumeist auch weitreichende Folgen für die Fragen von Gesundheit, Bildung und Lebensführung insgesamt. Gut 41 Prozent der Alleinerziehenden sind armutsgefährdet. Und: Je mehr Kinder in einer Familie, umso größer die Gefahr der Armutsgefährdung. Kinder als Armutsfallen sind in Deutschland kein Hirngespinnst, sondern leider Realität. Um ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern, ist die Abkehr von vermeintlichen haushaltspolitischen Zwängen notwendig. Erforderlich ist eine Politik, die in den Abbau sozialer Ungleichheiten investiert und etwa ausreichende Betreuungsangebote für Jung (Kita, Ganztags) und Alt (Pflege) bereithält sowie für armutsfeste Löhne sorgt, damit Menschen einer entsprechend entlohnten Erwerbsarbeit nachgehen können, um ihren Alltag in Würde zu meistern. Es braucht Reformen und Veränderungen, die unmittelbar allen Mitgliedern – und auch und vor allem den Kindern und Jugendlichen – der Gesellschaft helfen, soziale Probleme und deren Auswirkungen zu meistern. Dies erfordert notwendige Investitionen in Bildung und Betreuung, um so die gleichen Teilhabechancen für alle Kinder herzustellen; dies erfordert ebenso eine nachhaltige Arbeitsmarktpolitik, die Qualifizierungs- und Beschäftigungskonzepte im Interesse etwa Alleinerziehender vorsieht. ♡

Armutgefährdungsquoten in Deutschland insgesamt und nach Altersgruppen (gemessen am Bundesmedian), 2021

»In Deutschland sind 2,88 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren armutsgefährdet, das ist mehr als jedes fünfte Kind (20,8%). Damit sind Kinder die Altersgruppe, die am zweithäufigsten von Armut betroffen ist.«



Armutsgefährdungsquoten von Familien nach Familienform und Kinderzahl (gemessen am Bundesmedian) im Bundesländervergleich, 2021, in Prozent



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2022), eigene Darstellung.

KINDERARMUT IM ALLTAG

Das Aufwachsen in Armut bedeutet für betroffene Kinder jeden Tag aufs Neue sozialen Ausschluss. Ihre Eltern können sich etwa den Beitrag für die Mitgliedschaft ihrer Kinder im Sportverein oder die Musikschule nicht leisten, keinen Schwimmkurs bezahlen oder den Eintritt für den Zoobesuch, das Kino oder einen Besuch im Freizeitpark nicht stemmen.





Teilhabe statt Armutskarrieren

In jedem fünften Kinderzimmer spielt hierzulande die Armut mit. Für viele betroffene Kinder und Jugendliche ist Armut keine punktuelle Erfahrung, sondern sie verfestigt sich in den meisten Fällen. Armut ist immer noch eng mit der sozialen Herkunft verknüpft. Die Zukunftschancen von betroffenen Kindern und Jugendlichen werden durch Armut verbaut. All dies ist nicht neu. Umso wichtiger sind konkrete politische Vorhaben und Projektbeispiele, damit es in einem reichen Land keine Armutskarrieren mehr gibt.

Zukunft statt Armut

Kinderarmut ist in Deutschland eines der drängendsten gesellschaftlichen Probleme und wurde von der Politik lange weitgehend ignoriert. Das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen ist im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung überdurchschnittlich hoch. Seit Jahren liegt die Armutsgefährdungsquote konstant bei 20 Prozent. Armut ist damit ständiger Gast in den Kinder- und Jugendzimmern von fast 3 Millionen Heranwachsenden.

AUTOR LUKAS WERNER

Folgen von Kinderarmut

Das Aufwachsen in Armut bedeutet für betroffene Kinder jeden Tag aufs Neue sozialen Ausschluss. Alltägliche Dinge, wie sie für die meisten Heranwachsenden selbstverständlich sind, rücken für armutsbetroffene Kinder in weite Ferne. Ihre Eltern können sich etwa den Beitrag für die Mitgliedschaft ihrer Kinder im Sportverein oder die Musikschule nicht leisten, keinen Schwimmkurs bezahlen oder auch den Eintritt für den Zoobesuch, das Kino oder einen Besuch im Freizeitpark nicht stemmen. Kinder wissen früh um die Einkommenssituation ihrer Eltern und ziehen sich häufig sozial zurück, weil sie die soziale Situation ihrer Eltern unangenehm finden. Armut grenzt aus und Armut beschämt.

»Kinderarmut ist für eine reiche Gesellschaft wie Deutschland in erster Linie moralisch verwerflich, aber zugleich auch wirtschaftlich unklug. Denn: Die Kinder von heute gestalten nicht nur aktiv die soziale Demokratie der Zukunft, sondern sichern in Zeiten des demografischen und technologischen Wandels auch den gesellschaftlichen Wohlstand von morgen.«



Armut endet aber nicht etwa mit weniger Selbstbewusstsein an der Tür des Kinderzimmers, sondern hat oft auch gravierende Folgen für das Leben im Erwachsenenalter. Erwachsene, die in Armutslagen aufgewachsen sind, haben häufiger einen schlechteren Gesundheitszustand, erwerben seltener Schul- und Studienabschlüsse; haben es schwerer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und damit ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. All dies geht nicht etwa auf den fehlenden Willen oder das individuelle Vermögen der Kinder oder ihrer Eltern zurück, sich den Weg aus der Armut selbst zu ebnen. Es ist das Ergebnis eines mangelnden politischen Willens, das Problem der Kinderarmut ernsthaft anzugehen.

Kinderarmut ist für eine reiche Gesellschaft wie Deutschland in erster Linie moralisch verwerflich, aber zugleich auch wirtschaftlich unklug. Denn: Die Kinder von heute gestalten nicht nur aktiv die soziale Demokratie der Zukunft, sondern sichern in Zeiten des demografischen und technologischen Wandels auch den gesellschaftlichen Wohlstand von morgen.

Die AWO gegen Kinderarmut

Die materiellen, sozialen und psychischen Folgen von einem Leben mit zu geringem Einkommen werden vor allem in der Praxis vor Ort sichtbar. Als Träger zahlreicher Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, von Beratungsangeboten und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit setzt die AWO sich jeden Tag für Verbesserungen im Alltag von armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien ein. Auch in unserer sozialanwaltschaft-



»Kinder wissen früh um die Einkommenssituation ihrer Eltern und ziehen sich häufig sozial zurück, weil sie die soziale Situation ihrer Eltern unangenehm finden. Armut grenzt aus und Armut beschämt.«

lichen Rolle als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege werden immer wieder Verbesserungen im Sinne armutsbetroffener Kinder und ihrer Familien mit unserer politischen Arbeit erwirkt. Mit der AWO-ISS-Langzeitstudie zu Kinderarmut setzt die AWO seit vielen Jahren wichtige Impulse für Wissenschaft, Politik und Praxis. Ein Ergebnis der Langzeitstudie ist die Idee von Präventionsketten, die inzwischen in vielen Kommunen umgesetzt werden und für echte Erfolge vor Ort sorgen, weil sie die Angebote für Kinder von der Geburt bis zum Berufseinstieg besser miteinander verzahnen.

Mit Gründung des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG im Jahr 2009 engagierte sich die AWO für den Kampf gegen Kinderarmut durch die Einführung einer echten Kindergrundsicherung, die alle wesentlichen sozialstaatlichen Leistungen für Kinder zusammenfassen soll. Sie soll bei allen Kindern und Jugendlichen ankommen und durch eine bedarfsdeckende Höhe Kinderarmut effektiv bekämpfen. Mit Erfolg: Die Einführung der Kindergrundsicherung hat nicht nur Einzug in die politischen Debatten und die Programme vieler Parteien gefunden, sondern ist das zentrale sozialpolitische Versprechen des aktuellen Koalitionsvertrags. ❤️

➔ AWO Bundesverband • lukas.werner@awo.org
alexander.noehring@awo.org

»Kein Sparen auf Kosten junger Menschen«

Die Arbeiterwohlfahrt, das Bundesjugendwerk der AWO und das Zukunftsforum Familie rufen die Bundesregierung zu einer Trendwende bei der Finanzierung zentraler kinder- und familienpolitischer Vorhaben auf. In einer Resolution, die die Bundes-Sonderkonferenz der AWO am 22. April 2023 in Leipzig verabschiedete, fordern die Delegierten Investitionen in die soziale Sicherung sowie die Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Es sei ein Skandal, dass Finanzminister Lindner Projekte wie die Kindergrundsicherung infrage stelle, so AWO-Präsident Michael Groß: »Deutschland ist im europäischen Vergleich eines der Länder mit der geringsten sozialen Durchlässigkeit. Wir brauchen eine echte Kindergrundsicherung, eine Investitionsoffensive für die Bildung und eine auskömmliche Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe, damit die Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen nicht vom Konto- und Bildungsstand der Eltern abhängen.« Für diese wichtigen Anliegen die nötigen Mittel bereitzustellen, müsse für die selbsternannte »Fortschrittskoalition« eigentlich selbstverständlich sein.

Durch die Corona-Pandemie und die Energiekrise infolge des russischen Angriffskriegs hat sich die Situation armutsgefährdeter junger Menschen weiter verschlechtert. Dies gelte neben der finanziellen Situation vieler Kinder und Jugendlicher auch für deren Sozialleben und Bildungschancen, ergänzt Britta Altenkamp, Vorsitzende des Zukunftsforums Familie: »Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche haben schlechtere Chancen, einen guten Schulabschluss zu machen, und sie leiden öfter unter gesundheitlichen Einschränkungen. Sie haben kleinere Freundeskreise als nicht arme Kinder, sind seltener im Sportverein und verfügen über ein geringeres Selbstwertgefühl. All das wissen wir seit Jahrzehnten!«

Dass die Politik nicht längst gegengesteuert hat, sei für den gesellschaftlichen Zusammenhalt fatal – und sozial ungerecht: »Die Bundesregierung hält einerseits an der Schuldenbremse fest und besitzt andererseits nicht den Mumm, endlich jene stärker in die finanzielle Verantwortung zu nehmen, die mehr zur Finanzierung unseres Gemeinwesens beitragen müssen und können«, so Senihad Sator, Vorsitzender des Bundesjugendwerks der AWO. ❤️

Armutsbekämpfung ist möglich

Im Zuge der inhaltlichen Arbeiten an diesem Heft sind wir in der Redaktion auf das nachfolgende Interview aus Heft 1–2013 gestoßen. Ernüchtert mussten wir feststellen, dass die grundlegenden Fragen zum Thema Armut noch nicht beantwortet sind. Es passiert immer noch viel zu wenig in einem materiell und finanziell reichen Land wie Deutschland, um Armut strukturell zu beseitigen. Wir haben daher Michael Hartmann gebeten, das Interview mit einem kurzen aktuellen Vorwort einzuleiten, um es in die Gegenwart »zu holen«.

INTERVIEW PETER KULEGA

Obwohl das Interview schon ein Jahrzehnt alt ist, sind seine Kernaussagen erschreckend aktuell. Die Armutsquote ist kontinuierlich weiter gestiegen, wenn auch nur langsam, und hat inzwischen ein Niveau von fast 17 Prozent erreicht.

Auch die »working poor« sind geblieben, und die Lage der Langzeitarbeitslosen ist ebenfalls so gut wie unverändert. Meine Hoffnung, mit einem Mindestlohn würde sich das spürbar ändern, hat sich leider nicht erfüllt. Dessen Einführung hat zwar zu einer deutlichen Anhebung der Stundenlöhne geführt, aber nicht zu einer Anhebung der Jahreseinkommen. Viele Unternehmen haben die zu leistende Arbeit einfach auf weniger Stunden verteilt. Insgesamt sind die Realeinkommen nach einer spürbaren Verbesserung zwischen 2013 und 2019 aufgrund der hohen Inflation laut Bundesbank wieder auf das Niveau von 2014 zurückgefallen.

Schließlich ist auch der Kern der Hartz-Gesetze unangetastet geblieben. Das Bürgergeld bringt hier nur kleine Verbesserungen, am ehesten noch beim anrechenbaren Vermögen.

Auch in der politischen Elite sieht die Zusammensetzung weitgehend unverändert aus. Gut die Hälfte stammt weiterhin aus bürgerlichen Familien, so wie im aktuellen Bundeskabinett z. B. die Managerkinder Olaf Scholz und Annalena Baerbock oder der Apothekersohn Robert Habeck. Dementsprechend

sind alle steuerlichen Änderungen zugunsten der Wohlhabenden und Reichen auch heute noch in Kraft, sei es beim Spitzensteuersatz, bei der Erbschaftsteuer oder bei der Vermögensteuer.

Die Wahlenthaltungen in den ärmeren Bevölkerungsteilen haben konsequenterweise ebenfalls weiter zugenommen. In Nordrhein-Westfalen ist bei der letzten Landtagswahl nur noch gut die Hälfte der Wahlberechtigten auch zur Wahl gegangen, und in Problembezirken war es nicht einmal mehr jede*r Vierte. Einzig eine Prognose hat sich bislang als zu negativ erwiesen. Ausschreitungen größeren Ausmaßes hat es noch nicht gegeben.

Aus der AWO Ansicht 1-2013

Herr Professor Hartmann, ist Armut ein Problem in Deutschland?

HARTMANN Ja. Dabei kann man generell sagen, dass die Armut vor allem zwischen 2000 und 2005 massiv gestiegen ist.

Was sind die Gründe?

HARTMANN Zum einen die sogenannten Hartz-Reformen; zum Zweiten die hohe Arbeitslosigkeit seinerzeit. In ihren negativen Folgen bedeutsamer sind bis heute jedoch die Hartz-Gesetze.

Warum?

HARTMANN Obwohl die Arbeitslosigkeit seit geraumer Zeit rückläufig ist, hat sich die Armutsquote verfestigt. Sie war 2005 bei knapp 15 Prozent, so die



MICHAEL HARTMANN

ist emeritierter Professor für Soziologie an der TU Darmstadt.
E-Mail: hartmann@ifs.tu-darmstadt.de



»Insgesamt sind die Realeinkommen nach einer spürbaren Verbesserung zwischen 2013 und 2019 aufgrund der hohen Inflation laut Bundesbank wieder auf das Niveau von 2014 zurückgefallen.«

Zahlen des Deutschen Instituts der Wirtschaft (DIW), ist dann leicht zurückgegangen auf gut 14 Prozent, aktuell ist sie jedoch auf einem neuen Höchststand von über 15 Prozent. 2000 waren es gerade einmal 10 Prozent. Kurzum: Der Anstieg zwischen 2000 und 2005 ist nicht annähernd wieder wettgemacht worden. Dies spricht dafür, dass es kein konjunkturelles Phänomen ist, sondern ein strukturelles. Und das, was sich strukturell verändert hat, war im Zuge der Hartz-Gesetze vor allem die enorme Ausweitung des Niedrig- und Billiglohnsektors. Noch in den 1990er-Jahren haben wir in Deutschland über die »working poor« diskutiert und waren uns meistens einig: Das ist eben ein Phänomen der USA, ein bisschen vielleicht Großbritanniens. Das werden wir hier nicht erleben. Und jetzt haben wir es beinahe flächendeckend, dass Menschen vielfach von ihrer Arbeit nicht leben können.

Lässt sich insgesamt von einer Verstärkung der Langzeitarbeitslosigkeit sprechen?

HARTMANN Es ist ganz eindeutig so: Die Hartz-IV-Reformen haben das wesentliche Versprechen, die Langzeitarbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit zu holen, vollkommen verfehlt. Es gibt eine Verstärkung der Langzeitarbeitslosigkeit, und zugleich wird es immer schwieriger, aus Armut herauszukommen. Vor ein paar Jahren waren es noch 50 Prozent der Betroffenen, die binnen dreier Jahre wieder aus der Armut herauskommen konnten. Jetzt sind es nur noch 30 Prozent. Sprich: Das Ziel, die Langzeitarbeitslosen aus ihrer Armut herauszuholen, wurde nicht erreicht. Die Betroffenen bleiben arbeitslos, und zwar dauerhaft. Parallel dazu hat man die zunehmend stabile Schicht von »working poor« geschaffen, die zwar einen Job haben, aber dennoch nicht mehr aus der Armut herausfinden. Ferner zeigen alle Statistiken: Für diejenigen, die im Leiharbeiterbereich oder im Billiglohnsektor tätig sind, sind die Chancen, einen normalen Job zu kriegen, auch immer kleiner geworden.

Warum wird dieser Umstand nie richtig in den Medien thematisiert?

HARTMANN Da bin ich nicht so ganz sicher. Es wird schon relativ regelmäßig berichtet. Anders noch als vor fünf, sechs Jahren: Da wurde Arbeitslosigkeit in den Medien im Wesentlichen mit dem Tenor thematisiert: Das sind die, die nicht arbeiten wollen. Diese Haltung war in der Bevölkerung damals auch relativ verbreitet. Dies hat sich nach meinen Beobachtungen verändert, weil offensichtlich ist, dass viele von denen, die arbeiten wollen, es einfach nicht können, oder wenn sie arbeiten, zu Bedingungen arbeiten müssen, die sie nicht aus der Armut herausbringen.

Ebenso sind im persönlichen Umfeld immer mehr Personen, die – selbst wenn sie einen Job haben – für Stundenlöhne zwischen fünf und sieben Euro arbeiten müssen und insgesamt dann auf Verdienste kommen, die man früher nicht für möglich gehalten hätte. Das hat die Einstellung in vielen Teilen der Bevölkerung verändert. Dieses »die wollen nicht

arbeiten« hat nach meinem Eindruck deutlich abgenommen. Das schlägt sich ein bisschen auch in den Medien nieder: Es wird mehr berichtet, und der Tenor hat sich ein Stück weit verändert. Es ist nicht mehr so einseitig wie zuvor beschrieben, sondern es wird sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Armut ein Problem ist. Es ist ein anderer Zungenschlag in der Berichterstattung. Das ist für mich – wenn ich die letzten zehn, fünfzehn Jahre betrachte – eine erfreuliche Entwicklung. Es könnte besser sein. Aber es war schon viel schlimmer.

Dennoch: Von Teilen der Politik, der Wirtschaft und auch der Medien wird oftmals suggeriert: Das ist nun mal so. An der Entwicklung können wir nichts mehr ändern. Das kann es aber ja nicht sein, oder?

HARTMANN Nein. Da ist vieles durch politische Entscheidungen erst geschaffen worden. Es gibt keine automatischen Konsequenzen aufgrund weltweiter Entwicklungen. Sicher, die Wirtschaft hat heute größere Möglichkeiten, mit Verlagerungen von Produktionsstandorten zu drohen. Dennoch ist die Politik immer noch extrem einflussreich. Sie kann Rahmenbedingungen setzen oder kann es sein lassen – so wie in der Finanzkrise auch. Man könnte etwa einen Mindestlohn von neun Euro beschließen; dann wäre die Diskussion im Billiglohnssektor vorbei. Man könnte sagen: Wir verbieten Werkvertragsregelungen. Oder: Wir schränken Leiharbeit deutlich ein. Das sind alles gesetzlich mögliche Regelungen.

Wieso werden diese doch eher einfachen gesetzgeberischen Änderungen nicht vorgenommen?

HARTMANN Dies ist einer Wirklichkeitswahrnehmung durch eine sehr gefilterte Brille geschuldet. In den Augen der Regierungsparteien läuft es einfach relativ gut mit der jetzigen Politik. Deutschland steht vergleichsweise gut da, also muss man ja irgendwie alles richtig gemacht haben. Hinzu kommt, dass sich in der Politik die soziale Zusammensetzung geändert hat. Es gibt weniger Spitzenpolitiker, die einen familiären Hintergrund aus Arbeiterkreisen haben; das sind Auslaufmodelle.

Was für Auswirkungen hat dieser Umstand?

HARTMANN Wirft man zum Beispiel einen Blick auf die personelle Zusammensetzung der Bundesregierung, so wird klar: Es dominieren Leute mit einem gediegen bürgerlich-akademischen Hintergrund. Und die wiederum nehmen aufgrund ihrer familiären Geschichte Wirklichkeit ganz anders wahr. Wenn man in einem bestimmten Milieu aufgewachsen ist – zum Beispiel mittelständische Unternehmer oder akademische Freiberufler –, dann hat man etwa gegenüber Steuern oder gegenüber Sozialleistungen ein anderes Ver-



hältnis. Wer hingegen als Arbeiterkind die Bildungsreform mitgemacht hat, der weiß in der Regel immer noch, was er dem Staat zu verdanken hat.

Freiberufliche Akademiker genauso wie mittelständische Unternehmer wachsen in ihren familiären Zusammenhängen mit der Grundüberzeugung auf: Der Staat kann mit Geld nicht umgehen, deswegen sollte man ihm möglichst wenig davon geben. Das prägt auch diejenigen, die es in der Politik bis an die Spitze schaffen. Das ist so etwas wie eine Mentalität.

Kann man zugespitzt also sagen, dass unter diesen Menschen ein Gefühl für Solidarität geringer bis gar nicht ausgeprägt ist?

HARTMANN Ja. Man muss ganz einfach sagen: Es gibt so etwas wie familiäre Prägung. Die meisten Politiker sind die Jahrgänge aus den 1950ern, den frühen 1960ern. Da gibt es familiäre Erfahrungen: Entweder man kommt aus dem Arbeitermilieu und hat noch eine Vorstellung davon, was etwa Gewerkschaften oder Solidarität bedeuten. Das Gegenstück dazu: Der Vater war Zahnarzt oder Anwalt, und da hat das alles keine Rolle gespielt. Solche Umstände prägen natürlich ein Stück weit das ganze Leben; auch in der Art, wie man über Probleme nachdenkt und welche Rolle der Staat einnimmt. Ob man ihn eher positiv sieht oder ob man ihn eher negativ sieht. All dies kommt auch zum Tragen, wenn sich die Parteien in den Spitzen verändern. Von daher spielt es schon eine gewichtige Rolle, ob sich zum Beispiel das aktuelle Bundes-



»Das Ziel, die Langzeitarbeitslosen aus ihrer Armut herauszuholen, wurde nicht erreicht. Die Betroffenen bleiben arbeitslos, und zwar dauerhaft. Parallel dazu hat man die zunehmend stabile Schicht von ›working poor‹ geschaffen, die zwar einen Job haben, aber dennoch nicht mehr aus der Armut herausfinden.«

kabinett überwiegend aus Bürger- und Großbürgerkinder oder mehrheitlich aus Arbeiterkindern zusammensetzt.

Vor dem Hintergrund des europäischen Vergleichs kann man grob sagen: Rekrutieren sich die Eliten sehr exklusiv, dann sind die sozialen Unterschiede und die Einkommensunterschiede in den Ländern besonders groß. Das gilt derzeit etwa für Spanien, für Großbritannien, für Deutschland.

Dies deckt sich ja auch mit der Beobachtung, dass die sogenannte Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird und sich dies auch auf die gesellschaftliche oder politische Teilhabe der jeweiligen Bevölkerungsgruppen auswirkt. Jetzt gibt es die These, wonach die vermeintlich »Abgehängten« in der Wahrnehmung politisch Verantwortlicher sowieso irgendwann abgehängt bleiben, weil sie nicht mehr relevant sind als Wählergruppe. Können Sie der These folgen?

HARTMANN Ja. Das ist wie so ein Teufelskreis. Die betroffenen Menschen haben das Gefühl, man inte-

ressiert sich nicht für sie. Die Konsequenz: »Wenn die sich da oben« sich nicht für uns interessieren, dann brauchen wir an dem ganzen Wahlspektakel auch nicht mehr teilzunehmen. Also sinkt die Wahlbeteiligung. Hinzu kommt, dass sich vor allem in den Städten die Wohnquartiere sozial immer stärker homogenisieren. Wir haben die bürgerlichen Quartiere und wir haben die Problembezirke. Hier haben wir dann Wahlbeteiligungen von 30 Prozent, dort weiterhin gut 80 Prozent. Die Konsequenz: Politiker kümmern sich vor allem um die sogenannte Mitte, weil die auch wählen geht; »die da unten« gehen sowieso nicht wählen, deshalb kümmern sie sich auch nicht weiter darum.

Meines Erachtens ist das eine so falsche wie fatale Schlussfolgerung. Es wäre sicher Erfolg versprechender – und Wahlanalysen zeigen dies immer wieder –, diejenigen zu erreichen, die nicht mehr zur Wahl gehen. Das ist ein viel größeres Potenzial als dieser Sektor in der Mitte, um den sich alle streiten. Dafür müsste man aber den Betroffenen programmatisch seriös etwas anbieten, sodass sie nicht das Gefühl haben, nur eine kurze Rolle im Wahlkampf zu spielen, um danach wieder vergessen zu werden. Darin liegt ja gerade das berechtigte Misstrauen gegenüber politisch Verantwortlichen begründet, das sich über die Jahre entwickelt hat.

Werfen wir einen Blick in die nähere Zukunft: Wie sehen Sie die Armutsproblematik in zehn Jahren? Gelöst oder noch gravierender?

HARTMANN Wenn sich an der gegenwärtigen Politik nichts ändert, können wir in zehn Jahren gewalttätige Ausschreitungen erwarten, wie sie im August 2011 in London und anderen englischen Großstädten stattfanden. Da genügt dann ein Funke, der das vermeintliche stabile soziale Gefüge brennen lassen kann.

Abschließend gefragt: Wie sollte ein Wohlfahrtsverband wie die AWO in dem beschriebenen Zusammenhang agieren?

HARTMANN Er sollte sich nicht gemein machen mit dem Argument der vermeintlichen Sachzwänge und den beschriebenen Konsequenzen, sondern immer wieder politisch und medial Druck machen und dieser Sichtweise offensiv widersprechen. Dies vor allem auch dann, wenn etwa ein fingierter Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt werden soll. Und er sollte sich sicher auch mit den von Armut Betroffenen durch konkrete Angebote solidarisch zeigen. Außerdem darf er sich nicht an der Verschlechterung beteiligen, indem er selbst Ein-Euro-Jobber oder andere Billigkräfte einsetzt. Das untergräbt die Glaubwürdigkeit. ❤️

AWO-Büro für KinderChancen

Im Projekt Mo.Ki »unter 3« werden Eltern von der Schwangerschaft bis zum dritten Lebensjahr des Kindes von freiwilligen Helfer*innen unterstützt.

AUTOR MICHAEL MAAS

Für jede Familie sind die ersten Jahre nach der Geburt eines Kindes prägend. Manchen Familien fällt es schwer, den neuen Familienalltag gut zu strukturieren und gleichzeitig das eigene Kind optimal zu versorgen und zu fördern. Finanzielle Schief lagen, ein chronisches Gefühl der Anspannung, gesundheitliche Probleme oder die Abwesenheit unterstützender Großeltern kommen bei manchen Familien erschwerend hinzu.

Mo.Ki unter 3

Solche familiären Probleme sind Ronja Muras sehr bekannt. Zusammen mit ihren AWO-Kolleginnen von Mo.Ki »unter 3« arbeitet sie als Familienbildnerin im »Mo.Ki-Zentrum« in Monheim am Rhein. Mit seinen Eltern-Cafés, einer Begleitung durch Familienhebammen und verschiedenen Angeboten der Familienbildung steht Mo.Ki »unter 3« Eltern von der Schwangerschaft bis zum dritten Lebensjahr des Kindes unterstützend zur Seite.

Das breite Angebotsspektrum von Mo.Ki »unter 3« wird stark nachgefragt. Gerade nach der langen Phase weitgehender Corona-Einschränkungen ist spürbar, wie sehr jungen Eltern und ihren Kindern der Kontakt zu anderen Menschen gefehlt hat. Michael Maas, Abteilungsleiter Jugendhilfe beim AWO Bezirksverband Niederrhein: »Wir sind froh, dass unsere Angebote endlich wieder so intensiv wahrgenommen werden können wie vor der Pandemie. Zudem haben wir ein neues Angebot entwickelt, um durch ehrenamtliche Familienbegleitung noch mehr für die jungen Familien zu erreichen.«

Die Idee: Ein Jahr lang begleiten Ehrenamtliche eine junge Familie einmal wöchentlich für etwa zwei Stunden. Die Kinder erhalten so eine zusätzliche Bezugsperson, erweitern ihren Erfahrungshorizont, und die Eltern werden gleichzeitig entlastet. Was die Ehrenamtlichen dann konkret tun, hängt vom jeweiligen Bedarf der Familie ab. Sie



Ronja Muras arbeitet als Familienbildnerin im »Mo.Ki-Zentrum« in Monheim am Rhein und leitet das Patenschaftsprojekt.

lesen beispielsweise dem Kind etwas vor, gehen mit ihm zu einem benachbarten Spielplatz oder helfen der Mutter beim Ausfüllen eines Formulars. Aktuell sind bereits 14 Ehrenamtliche geschult und an Familien vermittelt. Ronja Muras ist von den ersten Erfahrungen des Patenschaftsmodells überzeugt: »Zwischen jungen Familien und Ehrenamtlichen entsteht eine besonders enge, familienähnliche Bindung. Im professionellen Kontext wäre das in dieser Weise gar nicht möglich. Deshalb hoffen wir, viele weitere Ehrenamtliche zu finden. Der Bedarf bei den Familien ist jedenfalls groß.«

Erfolgreiche Idee

Der Einsatz der Ehrenamtlichen findet nicht nur in Monheim am Rhein Anerkennung. Inzwischen wurde das Projekt »Mo.Ki-Patenschaften« des AWO Bezirksverbandes Niederrhein mit dem Lotte-Lemke-Engagementpreis 2023 auf dem Neujahrsempfang des AWO Bundesverbandes in der Kategorie »Engagement fördert Innovation« ausgezeichnet. In Nordrhein-Westfalen sind die Mo.Ki-Pat*innen für den KeKiz-Preis (Kein Kind zurücklassen) der NRWSPD nominiert: Der Preis wird im August 2023 verliehen. ❤️

➔ AWO Bezirksverband Niederrhein e.V.
Dr. Michael Maas • michael.maas@awo-niederrhein.de
Ronja Muras • rmuras@monheim.de

Armutsfalle Schulden

Schuldenprävention bei Jugendlichen als Schutz vor Armut. Das Projekt »Konsum geplant – Budget im Griff« der AWO in Wolfsburg.

AUTORIN INA BITTER

Die Statistiken der letzten 30 Jahre zeigen, dass die Zahl der jungen Menschen unter 20 Jahren, die sich verschuldet haben, stark angestiegen ist. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, dass die jungen Menschen sich mit Themen wie z.B. Verbraucherrechte, Konsum und Schulden auseinandersetzen.

Vorbeugung und finanzielle Bildung für Jugendliche sind seit vielen Jahren ein wichtiger Bestandteil der Arbeit bei der AWO-Schuldnerberatung KV Wolfsburg e.V. Bereits seit 2017 wird erfolgreich das Projekt zur Schuldenprävention an Wolfsburger Schulen durchgeführt. Es wurde eine Kooperation mit 16 Wolfsburger Schulen aufgebaut, mehr als 5.640 Schüler*innen haben in den letzten Jahren am Präventionsprojekt teilgenommen.

Herausforderung Pandemie

Die Corona-Pandemie hat die Schuldenprävention vor große Herausforderungen gestellt, da die Durchführung der Projekte an Wolfsburger Schulen nur bedingt möglich war. Im Jahr 2022 haben daher nur 618 Schüler*innen am Projekt teilgenommen. Im Jahr 2020 begann die Zusammenarbeit des AWO Kreisverbandes Wolfsburg e. V. Prävention Schuldnerberatung mit der Stiftung »Deutschland im Plus – die Stiftung für private Überschuldungsprävention«. Mit dem Stiftungsprogramm »Konsum geplant – Budget im Griff« sollen Schülerinnen und Schüler bei Finanzthemen unterstützt, wichtige Inhalte für den Alltag vermittelt und Finanzkompetenzen herausgebildet werden. Von der Stiftung »Deutschland im Plus – die Stiftung für private Überschuldungsprävention« werden altersgerechte und moderne Arbeitsmaterialien für die Schüler*innen zur Verfügung gestellt. Der Ablauf des Projektes ist sehr abwechslungsreich gestaltet. Die Schüler*innen tauschen eigene Erfahrungen aus, arbeiten in kleinen Gruppen und interviewen einander. Es stehen zudem Filme und die kostenfreie App »mein Budget« zur Verfügung. Die Workshops dauern 90 Minuten. Die Projekte sind modular aufgebaut, so ist es möglich, zeitlich flexibel auf die jeweilige Gruppe, deren Kenntnisstand und Interesse einzugehen. Es ist auch möglich, verschiedene Themen miteinander zu kombinieren. Die Angebote sind für

die Schulen kostenfrei. Die Stiftung »Deutschland im Plus – die Stiftung für private Überschuldungsprävention« hat während der Corona-Pandemie neue Filme zu den wichtigsten Begriffen Überschuldung, Konsum, Haushaltsplan und Kostenfallen gedreht.

Zeitgemäße Kommunikation

Das Wissen in den Workshops wird auf moderne Art und Weise vermittelt, wie zum Beispiel über Videos. So will die YouTuberin Pocket Hazel in ihren Videos nichts verkaufen und bietet keine Schleichwerbung, sondern es werden die tabuisierten Themen wie Kaufverhalten, Konsum, Verbraucherrechte und Budgetplan verständlich und spannend erklärt. Die Schüler*innen können sich mit den Protagonist*innen der Videos sehr gut identifizieren. Auch wird im Projekt Raum für den Erfahrungsaustausch unter den Schüler*innen gegeben, sodass diese voneinander lernen können. Insgesamt macht es den Schüler*innen Spaß, mit den Unterrichtsmaterialien der Stiftung zu arbeiten.

Mehrere Schüler*innen berichten vom Einfluss der Influencer*innen auf ihre Altersgruppe. Es fällt auf, dass viele junge Menschen z.B. auf Instagram sehr viele Produkte weiterempfehlen, dadurch viel Geld verdienen und nicht unbedingt von der Qualität der Produkte überzeugt sind. Die Mechanismen der Werbung und wer wie im Alltag in Konsumfragen beeinflusst, darüber wird informiert und diskutiert. Die Schüler*innen geben zu, dass die Markenklamotten und bestimmte iPhones eine wichtige Rolle in verschiedenen Jahrgängen spielen.

Die Schüler*innen berichten von den Kostenfallen und abgeschlossenen Abo-Verträgen, was oft zu Konflikten aufgrund der hohen Rechnungen mit den Eltern führt. Viele nennen als Kostenfallen Spiele auf dem Handy, Gewinnspiele und Anrufe von Betrüger*innen aus dem Ausland. Ein wichtiges Thema ist die Erstellung des Budgetplans, er klingt simpel und ist mit der kostenlosen App einfach zu bedienen, die Schüler*innen haben die Möglichkeit, das eigene Konsumverhalten kennenzulernen und somit viele kleine Ausgaben zu reduzieren. Die Rückmeldungen von den Lehrer*innen waren positiv, sie sagten, dass die Themen des Projektes wichtig für den Alltag der Schüler*innen sind. ❤️

➔ AWO Kreisverband Wolfsburg e.V.
Am Drömlingstadion 10 • 38448 Wolfsburg
T 05363 / 9769190 • kreisverband@awo-wolfsburg.de

Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG räumt Mythen ab!

Die AWO ist eines der Gründungsmitglieder des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG. Bereits seit 2009 setzt sich das Bündnis dafür ein, dass Kinderarmut wirksam bekämpft wird. Das Bündnis aus inzwischen 20 Verbänden und 13 unterstützenden Wissenschaftler*innen fordert dafür die Einführung einer echten Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient. Hierfür sollen große Teile der bisherigen staatlichen Leistungen für Kinder sowohl gebündelt und automatisiert als auch auf ein armutsverhinderndes Niveau erhöht werden. Mit dieser echten Kindergrundsicherung sollen alle Kinder in Deutschland so finanziell ausreichend abgesichert werden, dass sie unabhängig von ihrem Elternhaus echte Teilhabechancen erhalten.



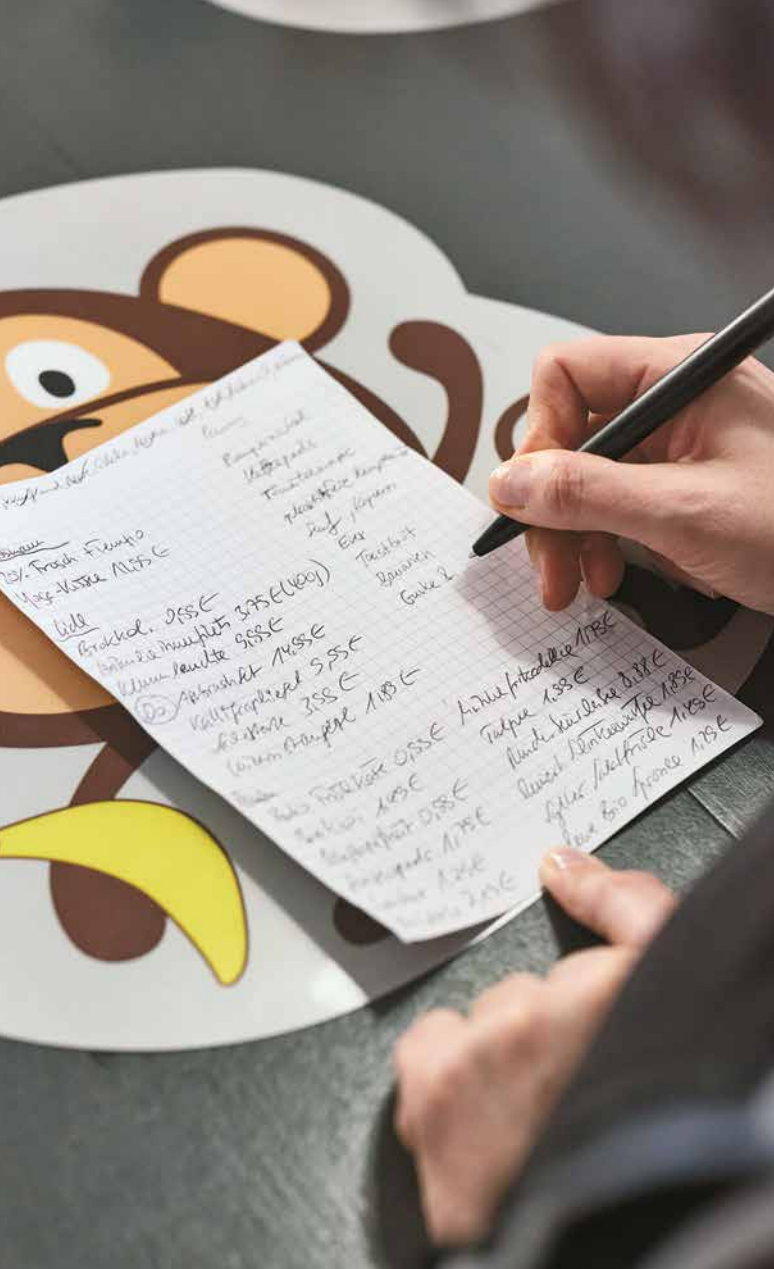
Derzeit wird in der Politik und Gesellschaft über die Einführung einer Kindergrundsicherung gestritten. Das Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG sieht mit Sorge, dass hierbei immer wieder Vorurteile und Unwissen vor allem gegenüber Eltern kursieren. Im Folgenden möchte das Bündnis auf die zentralen Vorurteile reagieren und diese richtigstellen.

Helfen Bildung und eine gute Infrastruktur besser gegen Kinderarmut als Geld?

Bildung ist in allererster Linie wichtig, damit Kinder sich selbst verwirklichen und ihre Persönlichkeit voll entfalten können. Eine gute Ausbildung ist natürlich auch unerlässlich, um später gute Arbeitsplätze mit guten Gehältern zu bekommen und als Erwachsene nicht in Armut leben zu müssen. Von Bildung allein können Kinder aber nicht leben. Ganz im Gegenteil: Eine gute materielle Absicherung ist die Grundvoraussetzung für gute Bildung. Kinder brauchen daher heute schon ausreichend finanzielle Unterstützung für Essen, Kleidung und angemessenen Wohnraum. Denn mit leerem Magen lässt sich schlecht lernen. Neben Bildung und Geld ist auch die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern wichtig. Hierfür bedarf es guter Freizeitangebote und auch gebührenfreier Kita- und Hortplätze. Es geht also nicht um ein Entweder-oder: Gegen Kinderarmut hilft nur ein Miteinander von mehr Geld für die Familien und einer besseren Bildung und Infrastruktur für Kinder.

Tut unser Sozialstaat genug gegen Kinderarmut?

Fast drei Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut betroffen oder bedroht. Das ist mehr als jedes fünfte Kind. Für ein reiches Land wie Deutschland ist dies ein erschreckend hoher Anteil. Die bisherigen Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag oder Bürgergeld verhindern Kinderarmut nicht ausreichend. Die Leistungen kommen nicht bei allen



»Kinder brauchen daher heute schon ausreichend finanzielle Unterstützung für Essen, Kleidung und angemessenen Wohnraum. Denn mit leerem Magen lässt sich schlecht lernen.«

Familien an und sind zu gering bemessen. Es ist zum Beispiel wissenschaftlich erwiesen, dass eine gesunde Ernährung für Kinder mit dem Bürgergeld nicht möglich ist. Zusätzlich unterstützt der Staat sehr gut verdienende Familien durch steuerliche Freibeträge um rund 100 Euro pro Kind und Monat mehr als durchschnittlich verdienende oder einkommensarme Familien durch das Kindergeld. Staatliche Gelder für Kinder erreichen somit nicht vorrangig diejenigen Kinder, die den größten Unterstützungsbedarf haben.

Kommt das Geld überhaupt bei den Kindern an?

Seit vielen Jahren belegen Studien immer wieder, dass Familien zusätzliches Geld vom Staat für ihre Kinder ausgeben. Wie eine Untersuchung der Bertels-

mann Stiftung zeigt, erhöht die finanzielle Sicherheit sogar die Bildungsbeteiligung und die Erwerbsmotivation der Eltern. Die wenigen Ausnahmefälle, bei denen das Geld nicht bei den Kindern ankommt, dürfen nicht als Maßstab für alle Familien genommen werden. Es gibt keine belastbaren empirischen Belege, dass finanzielle Leistungen des Staates für Kinder nicht bei den Kindern ankommen.

Leben dann noch mehr Eltern nur von Leistungen des Staates?

Die soziale Herkunft eines Kindes hat in Deutschland einen starken Einfluss darauf, wie ein Kind aufwächst. Die Kindergrundsicherung soll dafür sorgen, dass jedes Kind in Deutschland finanziell gut abgesichert ist und nicht in Armut leben muss – unabhängig von der sozialen Herkunft oder dem Erwerbsstatus der Eltern. Die Kindergrundsicherung kann sogar einen Anreiz setzen, dass Eltern (mehr) arbeiten gehen, da sie die verschiedenen staatlichen Leistungen für Kinder besser aufeinander abstimmt, als es derzeit der Fall ist. Hierfür ist es wichtig, dass (zusätzliches) Erwerbseinkommen nur moderat auf die Kindergrundsicherung angerechnet wird. Dadurch erhöht jede Erwerbsarbeit das Familieneinkommen und lohnt sich finanziell.

Kann sich Deutschland überhaupt eine Kindergrundsicherung leisten?

Wofür staatliche Gelder da sind und wofür nicht, ist immer eine Frage der politischen Prioritätensetzung. Für eine echte Kindergrundsicherung ist nach dem Konzept des Bündnisses KINDERGRUNDSICHERUNG ein zweistelliger Milliarden-Betrag nötig. Um diesen Betrag aufzubringen, stehen dem Staat genug Möglichkeiten offen. Beispielsweise durch eine Abschaffung des Ehegattensplittings und eine Wiedereinführung einer Börsenumsatzsteuer kann der Staat Gelder in Milliarden-Höhe eintreiben. Zudem zahlt sich jeder investierte Euro gegen Kinderarmut aus: Kinder, die gut aufwachsen, können später mehr Steuern zahlen und brauchen weniger staatliche Unterstützung. Die Verhinderung von Kinderarmut ist auch ein Mittel gegen den Fachkräftemangel, denn nur ein gesund aufwachsendes Kind kann seine Potenziale voll entfalten. Deutschland kann es sich moralisch und wirtschaftlich nicht leisten, Millionen von Kindern auf der Strecke zu lassen. ❤️

➡ Weitere Informationen zum Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG finden Sie unter www.kinderarmut-hat-folgen.de

Kindern eine neue Chance geben

Das AWO-Büro für KinderChancen hilft in Saarbrücken-Malstatt und Burbach sowie in Völklingen dabei, Kinder und Eltern zu stärken. Gefördert werden die Talente und Ressourcen von Kindern mit Projekten und kreativen Angeboten. Idee ist es, Orientierung zu geben und das Selbstvertrauen von Kindern und Eltern zu fördern.

Wieso ein Büro für Kinderchancen?

Jedes Kind hat das Recht auf den besonderen Schutz und die Fürsorge, um gesund groß zu werden und sich voll entfalten zu können. Frei von Diskriminierung, das heißt: völlig egal, welche Herkunft und Hautfarbe, welches Geschlecht, welche Sprache, Religion, politische oder sonstige Anschauungen, welche soziale oder ethnische Herkunft, welche Behinderung, welchen Status die Eltern oder der Vormund oder das Kind selbst mitbringen.

Die Armutssituation für Kinder und Jugendliche sowie ihrer Familien im Saarland verschlechtert sich seit einiger Zeit. Im Vergleich von 2010 zum Jahr 2019 leben sechs Prozent mehr Kinder bis 18 Jahre in Armut. Insgesamt leben 22,5 Prozent der Kinder unter 18 Jahren in Kinderarmut. Über fünf Prozent mehr Kinder unter 18 Jahren leben von staatlichen Transferleistungen im Vergleich von 2010 zu 2019. Die Kinderarmut im Saarland nimmt also dramatisch zu. Der besondere Schutz und unsere Fürsorge für Kinder, um gesund groß zu werden und sich voll entfalten zu können, sind grundlegende Kinderrechte. So besagt es die UN-Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die nach zehn Jahren Diskussion und Arbeit im Jahr 1998 schriftlich festgelegt wurde. Die Kinderrechtskonvention gilt für alle Kinder weltweit.

Das Angebot

Miteinander werden Ideen und Angebote entwickelt, die sich an die ganze Familie richten. Konkret sind dies Mitmach-Angebote, ein regelmäßiger Familienbrunch, aktivierende Eltern-Angebote zur Stärkung der Elternressourcen und eine offene Sprechstunde bei Problemen und Fragen in den drei Sozialräumen. Idee ist es, Kinder, Eltern, frei-



WIE DAS PROJEKT UNTERSTÜTZEN?

Das Büro für KinderChancen sucht ehrenamtlich engagierte Menschen zur Unterstützung bei den Projekten und im Mentoring-Programm.

➔ kinderchancen@lvsaarland.awo.org
oder rufen Sie uns an unter T 0176 / 15861139

willing Engagierte und lokale politische Entscheider*innen zu einem »Mutmach- und Kinder-Gipfel« zusammenzubringen.

Das Projekt Büro für KinderChancen wird für die Dauer von drei Jahren von Aktion Mensch gefördert. Die AWO Saarland bringt zur Finanzierung des Projektes Eigenmittel ein. Mit jedem Euro, der an die AWO-Saarland-Stiftung zum Projekt Büro für KinderChancen eingeht, helfen Sie uns, Projekte und Angebote für Kinder und Eltern in Armut zu entwickeln. ❤️

➔ AWO Saarland • Büro für KinderChancen
St. Josefstraße 1 • 66115 Saarbrücken • T 0176 / 15861139
kinderchancen@lvsaarland.awo.org

Gerechte Bildungschancen für alle



Wie wichtig das Wirken eines Netzwerkes von verschiedenen Trägern und Einrichtungen ist, um Kinderarmut zu bekämpfen, darüber berichtet Franziska Löffler vom Büro KINDER(ar)MUT der AWO in Potsdam.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Seit wann gibt es das Büro KINDER(ar)MUT und was waren die Gründe, das Büro einzurichten?

Jedes fünfte Kind in Deutschland wächst in Armut auf. Beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, Bildung, Hobby oder Urlaub und nur geringe Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg: Als Kind Armut zu erleben oder das eigene Kind in Armut aufwachsen zu sehen, bringt viele Schwierigkeiten, Hilflosigkeit, Scham und auch Ohnmacht mit sich – umso mehr, wenn es kaum ein Entrinnen aus der Armut gibt. Durch die ansteigenden Preise bei Energie und Lebensmitteln sind immer mehr Familien von Armut bedroht, in denen mindestens ein Elternteil (meistens beide Elternteile) arbeiten gehen. Armut ist also nicht mehr ein Risiko aufgrund eines fehlenden Arbeitsplatzes. Armut reicht weit in die Mitte der Gesellschaft hinein.


In den letzten Jahrzehnten entwickelte der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. immer wieder Projekte/Angebote, um Kinder und Jugendliche unabhängig vom Elternhaus zu fördern. Mit diesen fachlichen und praktischen Erfahrungen von Projektarbeit im Bereich Kinder- und Familienarmut im Gepäck konnten wir dann durch eine Anschubfinanzierung von Aktion Mensch zum 01.08.2023 das AWO-Büro KINDER(ar)MUT eröffnen.

Das AWO-Büro KINDER(ar)MUT in Potsdam setzt Angebote in der täglichen Arbeit um, die den Auswirkungen von Armut entgegenwirken und direkt die Chancengleichheit von benachteiligten Kindern und Jugendlichen fördern. In enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Pädagog*innen in Kitas und Schulen, in Jugendclubs und Beratungsstellen, mit Familien und Unterstützer*innen richten wir unseren Blick auf die Bedarfe von Kindern, Jugendlichen und Familien, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind. Unser Büro ist ein Netzwerk gegen Kinderarmut.

2 Was machen Sie in Ihrer Arbeit konkret, um »Armutskarrieren« von Kindern zu verhindern?

Mit unseren vielen kleinen und großen Angeboten unterstützen wir zum einen direkt benachteiligte Kinder und Jugendliche und deren Familien. Das Herzstück unserer Arbeit ist die Beratung der Familie zu den finanziellen Leistungen wie auch zu den Bildungswegen ihrer Kinder. Zum anderen zeigen wir der Politik anhand dieser Projekte den großen Bedarf an gleichen Startbedingungen und Bildungschancen für Kinder und Jugendliche auf. Die Projekte setzen wir mittlerweile durch kommunale Förderungen, Fördermittel und Spendenmittel um. Es gibt Beratungen zu finanziellen Unterstützungsleistungen für Familien, der Vergabe von kostenfreien Schulmaterialien, digitalen Endgeräten, zu ehrenamtlichen Bildungsbegleitungen für Schüler*innen, wöchentliche, kostenfreie Stadtteilfrühstücke, die Vermittlung von kostenfreien Schwimmkursen, Veranstaltungen für alleinerziehende Familien, finanzielle Unterstützung bei der Ausübung eines Hobbys für Jugendliche, kostenfreies Schultütenbasteln mit Familien und kostenfreie ärztliche Sprechstunden.

3 Welche staatlichen Maßnahmen sind notwendig, um Kinderarmut systematisch zu verhindern?

Es ist wichtig, dass die Bildungseinrichtungen (Kita/Schule) schnellstmöglich finanziell so ausgestattet werden, dass dort für alle Kinder gerechte Bildungschancen vorhanden sind. Also Schulmaterial, digitale Geräte, Schulessen, Klassenfahrten und Ausflüge, Nachhilfe und Förderung eines Hobbys. Das muss für die Kinder kostenfrei zur Verfügung stehen – für alle Kinder – ohne Antrag! 



FRANZISKA LÖFFLER

ist seit 2012 beim AWO Bezirksverband Potsdam und leitet dort seit 2018 das AWO-Büro KINDER(ar)MUT.

➔ franziska.loeffler@awo-potsdam.de
www.buero-kindermut.de

Geraubte Kindheit

AUTOR OLIVIER DAVID



OLIVIER DAVID

ist Autor und Kolumnist. 2022 erschien sein Debüt »Keine Aufstiegs Geschichte«, in dem er vom Zusammenhang zwischen Armut und psychischen Erkrankungen schreibt.

»Armut killt«, dieser Ausdruck stand in meiner Kindheit und Jugend an Häuserwänden in meiner Heimatstadt. Ein Wohnungsloser habe diese beiden Wörter mit Spraydose in der ganzen Stadt hinterlassen, sagte mir ein Freund. Ich kann heute nicht genau sagen warum, aber die Information, dass es ein Wohnungsloser war, der diese Feststellung traf, berührte mich. Dass Armut tötet, ist ein Fakt. So besagt etwa eine Studie aus den USA, dass 2019 »mindestens 183.000 Todesfälle von Menschen über 15 Jahren mit Armut in Verbindung gebracht« wurden. Das müssen wir bedenken, wenn wir über Kinderarmut sprechen. Denn aus armen Kindern werden arme Erwachsene, und aus diesen werden in einigen Fällen tote arme Erwachsene.

Gesellschaftliche Kontexte

Kinderarmut losgelöst von ihrer politischen und gesellschaftlichen Einbettung zu betrachten, macht aus ihr automatisch eine moralische Kategorie. Schnell landet man beim Framing: die armen unschuldigen Kinder. Was darin mitschwingt: Die Armut der Eltern ist selbstverschuldet. Hätten sie sich mal mehr Mühe gegeben. Um es kurz und klar zu benennen: Kinder leben in Armut, weil ihre Eltern in Armut leben, und diese Armut ist, unter anderem durch die ungleiche Erhebung von Steuern, politisch gewollt.

Ich bin in vererbter Armut aufgewachsen, als Kind in den 1990ern in Hamburg. Meine Mutter war arm, ihre Eltern waren arm und so weiter. In meinem Aufwachsen spielte häusliche Gewalt ebenso eine Rolle wie psychische Erkrankungen und Drogensucht. Die Folgen waren gravierend. In der Schule schlug ich mich, zu Hause log ich bei der Frage

nach den Hausaufgaben. Ich ging ohne Abitur von der Schule ab, danach arbeitete ich in einem Supermarkt, ich trank Alkohol und kiffte.

Psychische Probleme

Einer Studie des Robert-Koch-Instituts aus dem Jahr 2020 nach werden 29 Prozent der Jungen und 22,7 Prozent der Mädchen der untersten sozialen Statusgruppe im Laufe eines Jahres psychisch auffällig. Bei der höchsten sozialen Statusgruppe liegt der Wert von Jungen bei 12,7 Prozent, der der Mädchen bei 6,4 Prozent. Über mein Aufwachsen in Armut und die Auswirkungen der Armut auf meine Psyche habe ich ein Buch geschrieben, darin schildere ich, wie die Armut und der Stress, den sie auslöst, einen mit der Zeit verändert. Wenn man dem Vergleich mit wohlhabenderen Kindern nicht standhalten kann, wenn man Ausreden sucht für nicht gemachte Hausaufgaben, weil zu Hause niemand dabei hilft. Wenn man anfängt zu lügen bei der Frage nach dem Sommerurlaub.

Lebenslügen beenden

Das Aufwachsen prägt einen das ganze Leben lang. In meinem Fall, und in dem von Millionen Kindern in Armut, heißt das: Wir rennen mit einem Klotz am Bein durch unsere Leben. Die Kindheit wird einem geraubt, nach geraubter Kindheit folgt eine Jugend, in der man unter seinen Möglichkeiten bleibt.

Nie hat jemand in den ersten zwanzig Jahren meines Lebens eine gesellschaftliche Einordnung meines Scheiterns vorgenommen. Was hängen blieb: Ich bin nicht gut genug. Diese Erzählung ist eine Lüge, das weiß ich jetzt, mit Mitte dreißig. Das Kind, das ich war, hätte diese Information früher verdient. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Nachhaltig gegen Armut.

Maßnahmen aufgrund ökologischer und klimapolitischer Herausforderungen dürfen nicht zur Armutsfalle werden.

